

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 08/2015

22. Jahrgang

14. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 7. Oktober 2015

Selbstherrlich an Anwohnern und Nachbarn vorbei Rathauskooperation setzt Modellversuch in Zeppelinstraße durch



Unbestechlich: die Messstelle des Landesumweltamtes in der Zeppelinstraße erfasste während der Bauphase im Sommer dieses Jahres eine sprunghafte Erhöhung der NO_2 -Belastung von 49 auf 57 Mikrogramm pro Kubikmeter.

Man kann sich nur wundern: Da hat die Baustellen-Verkehrseinschränkung in der Zeppelinstraße vom 16. Juli bis 28. August schon eindrücklich vor Augen geführt, dass die Reduzierung der Fahrspuren das Chaos und die Luftverschmutzung noch verschlimmert, obwohl in der Ferienzeit weniger Pendler- und Schülerverkehr unterwegs ist und sich das Aufkommen um etwa 20 Prozent verringert. Aber es soll dennoch einen „Modellversuch“ von drei, sechs oder noch mehr Monaten geben, bei dem zwischen Geschwister-Scholl-Straße und Kastanienallee die Richtungs-

fahrbahn auf eine Spur reduziert wird.

Ein Antrag der Rathauskooperation sieht diesen Versuch für das Frühjahr nächsten Jahres vor – ohne Rücksicht auf die Anlieger, ohne Rücksicht auf die betroffenen Nachbarn aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und ohne Abwägung der Argumente gegen einen solchen Test..

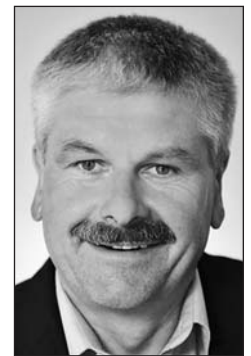
Die LINKE hatte sich in der SVV ins Zeug gelegt dafür, zunächst alle anderen Möglichkeiten eines besseren Verkehrsflusses zu realisieren, bevor man das letzte Mittel,

Fortsetzung auf Seite 2

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

Die Rathauskooperation aus SPD, CDU und Bündnisgrünen nimmt für sich in Anspruch, die Stadt allein zu regieren und die Regeln dafür festzulegen. Damit ist der in der Kommunalwahl 2014 formulierte Wählerwille in verschiedener Hinsicht gebrochen worden. Schließlich haben die Potsdamer die Linken zur stärksten Fraktion gemacht. Genau das versuchen die Kooperationspartner zu unterlaufen. Wie wenig sich die Kooperation am Willen der Potsdamer orientiert, zeigt sich aktuell an der Diskussion um die Zeppelinstraße. Hier wurde nicht nur gegen die zahlreichen Proteste in der Stadt, sondern auch gegen den erklärten Willen der Vertreter des Landkreises Potsdam-Mittelmark ein vermutlich mindestens sechs Monate andauernder Feldversuch zur Einengung der Zeppelinstraße beschlossen. Die Linksfraktion wird das so nicht stehen lassen und weiter für eine Lösung kämpfen, die Akzeptanz in der Bevölkerung und im Landkreis findet.



Das Versagen des bürgerlichen Rathausbündnisses wird auch daran sichtbar, dass der erneute Anlauf der Fraktion DIE ANDERE und der Linksfraktion für den Erhalt des großen Wohnhauses Am Alten Markt 10 (Pro Potsdam) ohne Debatte abgelehnt wurde. In der gleichen Sitzung konnte die neue, deutlich höhere Bevölkerungsprognose zur Kenntnis genommen werden und der wachsende Bedarf an Unterkünften für Flüchtlinge. Stattdessen feilschen die Grünen schon um die Nachbesetzung für Herrn Klipp im Stadtentwicklungsressort.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Flüchtlinge – Willkommen in Potsdam!

Allein in diesem Jahr haben 840 Menschen in Potsdam einen Ort der Geborgenheit und Sicherheit nach oft



dramatischer Flucht aus ihrer Heimat gefunden. Unter ihnen: 190 Kinder. Viele Ehrenamtliche stehen ihnen mit bewundernswertem Engagement zur Seite, um die Ankunft in der Fremde, in der vielleicht neuen Heimat, so leicht wie möglich zu machen. Dazu gibt es in Potsdam einen breiten politischen Konsens. Es gibt aber auch Fragen und Ängste, auf die reagiert werden muss. Daher ist es richtig, dass die Verwaltung an dem Prinzip der Anwohnerinformation festhält, obwohl Entscheidungen zur Einrichtung von Unterkünften auch „über Nacht“ getroffen werden müssen. Gedanken mache ich mir vor allem darüber, wie ein gutes, gleichberechtigtes Miteinander auf Dauer gelingen kann. Schaffen wir es, die Flüchtlingskinder fit für das Leben in ihrer neuen Heimat zu machen, jungen Flüchtlingen die Chance auf einen soliden Start in einen Beruf mit Perspektive zu geben, das sich Begegnen verschiedener Kulturen als Erfahrungsgewinn zu verstehen und zu leben. Ich bin mir sicher: Das kann gelingen! Aber nur, wenn jede/r von uns seinen Teil dazu beiträgt. Wie kann es da sein, dass die Fraktionen der Rathauskooperation, allen voran die SPD, angesichts dieser großen Herausforderungen und der ohnehin schon angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt nach wie vor den Abriss des Wohnhauses am Alten Markt 10 mit den vielen bezahlbaren Wohnungen, in denen heute auch Flüchtlinge leben, fordern? Gut, dass es so viele Menschen gibt, die Integration meinen, wenn sie Integration sagen!

Dr. Sigrid Müller

Kulturstandort Schiffbauergasse

Ursprünglich war angestrebt worden, das Management für die vielfältigen Kulturprojekte in der Schiffbauergasse europaweit auszuschreiben. Da sich dies nicht als praktikabel erwiesen hatte, fragte Dr. Karin Schröter die Verwaltung, welche Strategie nun verfolgt wird, um die kulturpolitische, touristische und organisatorische Bündelung und Koordinierung der Aktivitäten am Standort Schiffbauergasse zu qualifizieren.

Dr. Iris Jana Magdowski erklärte, dass in den Beratungen mit den Kulturanbietern in der Schiffbauergasse verschiedene Modelle, bis hin zur Vereinsgründung, diskutiert wurden. Man habe sich gemeinsam entschieden, die Potsdam Marketing Service GmbH mit dem Kulturmanagement zu betrauen. Zunächst bis 2020 soll diese Form des Managements erprobt und evaluiert werden.

Eingangsbestätigung Jobcenter Potsdam

Jana Schulze hatte sich der Sorge von SBG II-Empfängern angenommen, die berichtet hatten, dass sie keine Eingangsbestätigung für Widerspruchsschreiben oder anderen Schriftverkehr vom Jobcenter erhalten hätten.

Elona Müller-Preinesberger teilte mit, dass das Jobcenter auf ihre Nachfrage erklärt habe, dass es immer eine Eingangsbestätigung gebe. In Einzelfällen solle man sich direkt an das Jobcenter wenden.

Straßensperrung Leipziger Straße

Durch die Sperrung der Leipziger Straße „quälen“ sich die Fahrzeuge im Umwegverkehr um die spitze Ecke zum Brauhausberg ohne angepasste Schaltung der Lichtsignalanlage. Wann wird die Sperrung der Leipziger Straße aufgehoben, fragte Ralf Jäkel.

Fortsetzung von Seite 1

die Reduzierung der Fahrspuren, also die faktische Abschreckung vor der privaten Einfahrt nach Potsdam, testet.

Die LINKE hatte Rederechte für Peter Kreitlinger, den stellv. Vorsitzenden der CDU-Fraktion aus Werder, und den Anwohner der Zeppelinstraße Dieter Gebhard beantragt, die sich einig darin waren, dass die überstandene Baustellen-Einschränkung genügend Aufschluss darüber gebe, dass eine Einengung zum Chaos und damit keineswegs zu einer Reduzierung der Feinstaubbelastung führe. Kreitlinger informierte über den von den Stadtverordneten von Werder einstimmig gefassten Beschluss, in dem der „Modellversuch“ eindeutig abgelehnt wird und andere Maßnahmen, wie die Optimierung des ÖPNV, die Einrichtung einer Busspur, die Ausweitung des Regionalbahnverkehrs Vorrang hätten. Er appellierte an die Potsdamer, über die für das Umland so entscheidende Zufahrt nach Potsdam nicht selbstherrlich zu entscheiden.

Burkhard Exner teilte mit, dass die Leipziger Straße seit dem 30. Juli für die Verlegung von Leitungen für Wasser, Abwasser und Fernwärme zur Erschließung der Speicherstadt gesperrt ist. Das soll bis zum 1. Dezember erledigt sein. Die Sperrung werde allerdings im nächsten Jahr weitergehen, um das Sport- und Freizeitbad anzuschließen. Auf Nachfrage von Jäkel sagte er, dass die Lichtsignalanlage an den neuen Verkehrsfluss angepasst worden sei, die Fahrbahnmarkierung einer zusätzlichen Abbiegespur könne man gegebenenfalls ändern.

Geruchsbelästigung durch Abwasserkanal Am Alten Mörtelwerk

Seit mehreren Wochen verbreiten die Abwasserleitungen im Bereich der Zufahrt zum Alten Rad „Am Mörtelwerk“ in Eiche erheblichen Gestank. Kann die Verwaltung eine fachgerechte Reinigung veranlassen, wollte Ralf Jäkel wissen.

Burkhard Exner sagte, das Problem sei bekannt. Es wurden bereits zusätzliche Geruchsfilter und -blocker installiert. Nun werde geprüft, ob diese auch wirksam sind.

Abgelehnt

Umgang mit zusätzlichen Haushaltsmitteln

Es geht um rund 2 Millionen Euro, die dem städtischen Haushalt zusätzlich zur Verfügung stehen. Die Summe ergibt sich aus dem nicht in Anspruch genommenen Mitteln, die der Bund für das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) 2013 zur Verfügung gestellt hatte und aus zusätzlichen Geldern vom Land. Im vorigen Jahr war entschieden worden, dass die Kommunen diese BuT-Mittel nicht zurückgeben müssen. Seitdem versucht die LINKE, dass die

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg erinnerte daran, dass die Zusage an Potsdam-Mittelmark, gemeinsam vorzugehen, verletzt werde. Die Verengung löse das Problem nicht, die anderen Maßnahmen seien zuvor zu realisieren, bevor man das drastische Mittel ausprobier.

Ralf Jäkel begründete den Antrag der LINKEN mit dem Bündel von Maßnahmen, die zunächst beschlossen werden müssten: die Optimierung der Ampelsteuerung, die Verdichtung des Bus-Angebotes (Einsatz von schadstoffarmen Fahrzeugen), Einrichtung einer Bus-Spur, Erweiterung des P-R-Parkplatzes am Bahnhof Pirschheide, Einrichtung einer Umweltzone (Potsdam-Zentrum und Potsdam-West) – und das alles unter Einbeziehung der Nachbargemeinden, .

Die Appelle und Argumente reichten nicht, die Geschlossenheit der Rathauskooperation bröckelte zwar, aber 21 Ja-Stimmen für den Antrag der LINKEN bei 29 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen waren zu wenig.

Stadtverordneten über dessen Verwendung entscheiden. Nun wurde der Antrag ohne weitere Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.

Wohnhaus Am Alten Markt 10 (Staudenhof) für Sozialwohnungen und Flüchtlingsunterbringung

Ein erneuter Versuch, dem Wohnhaus Alter Markt 10 am Staudenhof mit 180 Wohnungen in der Stadtmitte eine sichere Perspektive zu geben, wurde einmal mehr in geschlossener Front der Rathauskooperation abgelehnt. Sie hatte 2012 einen Beschluss durchgesetzt, dass das Haus nach zehn Jahren abgerissen werden soll.

Inzwischen hat sich der Wohnungsbestand an kleinen Wohnungen nicht nur für sozial verträgliches Wohnen in der Innenstadt, sondern auch als Unterkunft für Flüchtlinge bewährt, zumal im Erdgeschoss mehrere Räume für die Sozialarbeit und Verwaltung der Unterkunft eingerichtet wurden.

In einem gemeinsamen Antrag der ANDEREN und der LINKEN sollte der Beschluss aufgehoben werden, das Wohnhaus als dauerhaftes Eigentum der ProPotsdam erhalten und bedarfsgerecht sozial verträglich und auch der Flüchtlingsunterbringung entsprechend saniert werden. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg erinnerte daran, dass die ProPotsdam die Sanierungsmöglichkeiten und Anpassungen an die historische Mitte dargestellt habe und der Abriss ein Millionenverlust wäre.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Rathauskooperation abgelehnt.

Beschlossen

Potsdam Museum nicht belasten

Der Streit um das Metallgitter, das bei der Sanierung des Alten Rathauses/Potsdam Museums im Treppenhaus angebracht worden ist und für breite Kritik gesorgt

hat, geht weiter. Die Stadtverordneten hatten schon vor über einem Jahr beschlossen, dass das als Trepengeländer fungierende Metallgitter im Treppenhaus des denkmalgerecht sanierten Potsdam Museums entfernt und ersetzt werden soll, so dass es den Blick auf die Ausstellungen und nach außen zum Alten Markt nicht behindert. Eine zwischenzeitliche Nachfrage der LINKEN hatte die Auskunft der Verwaltung ergeben, dass die Kosten dafür zu Lasten des Potsdam Museums gehen müssten. Dazu hatte die LINKE den Antrag formuliert, dass die Kosten für das Entfernen des Metallgitters nicht den Etat des Potsdam Museum belasten dürfen, sondern das Verursacherprinzip geltend zu machen sei.

Erneut entspann sich der Streit um künstlerische Urheberrechte und das demzufolge nicht anwendbares Verursacherprinzip. Ein kurzfristig eingereicherter Änderungsantrag von mehreren Abgeordneten der SPD, den auch Sascha Krämer mit vertrat, wollte, dass man sich das Geld sparen und den Zustand so belassen sollte, bekam keine Mehrheit. Der Antrag der LINKEN wurde mit der Ergänzung durch die CDU-Fraktion, dass die Kosten so gering wie möglich zu halten sind, beschlossen.

Vielfalt im Gedenken

Der 16. März 1920 war ein denkwürdiger Tag in Potsdam. Bei einer Demonstration von ca. 1000 Potsdamern gegen den Kapp-Putsch waren vor dem vor dem Stadtschloss vier Demonstranten erschossen und zahlreiche verwundet worden. Die LINKE beantragte zu prüfen, in welcher Form der Toten und der Ereignisse gedacht werden kann und schlug vor, gemeinsam mit der Landesregierung eine Gedenkplakette am Landtag anzubringen. Der Antrag wurde im Kulturausschuss präzisiert und beschlossen: „Hierbei soll berücksichtigt werden, inwieweit Widerständler gegen den Kapp-Putsch schon geehrt und gewürdigt werden und ob eine Erweiterung um die mit dem Widerstand verbundenen Aspekte möglich ist. Die Stadtverwaltung

wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem ZZf und der Universität Potsdam, eine entsprechende Dokumentation zu erarbeiten und eine geeignete Möglichkeit der öffentlichen Präsentation zu schaffen. Die Vorlage sollte bis Ende 2016 erfolgen.“

Arbeitsmöglichkeiten für Schulsozialarbeiter/innen

Bei Neubau und Sanierungen von Schulen sollen Büros für eine/n Schulsozialarbeiter/in mit eingeplant werden. Stefan Wollenberg begründete den Antrag, denn in dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Gesamtkonzept Schule-Jugendhilfe ist Schulsozialarbeit perspektivisch an jedem Schulstandort vorgesehen. Der Antrag wurde beschlossen.

Überwiesen

Sicherheit auf markierten Radwegen

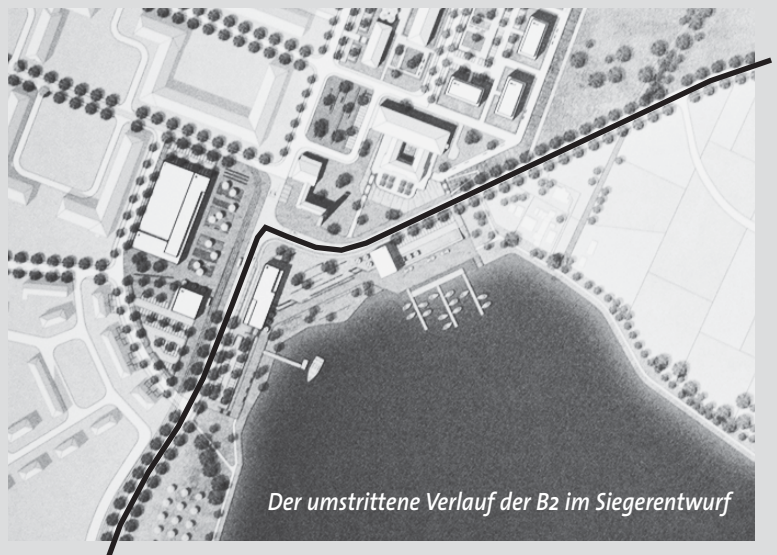
Es ist eine gewollte Entwicklung, dass es in Potsdam immer mehr Radfahrer gibt, begründete Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg den Antrag der LINKEN. Aber vorwiegend werden die Fahrradwege, so auch in der Innenstadt, nicht als separate Wege, sondern als Abmarkierungen auf den Fahrbahnen dargestellt, was immer wieder zu Beschwerden sowohl von Rad- als auch von Autofahrern und Fußgängern führt. Daher sollte die Sicherheit auf den markierten Radwegen überprüft werden, wie zum Beispiel Am Neuen Garten und in der Drewitzer Straße. In geeigneter Weise sollen dazu auch Radfahrer und Kraftfahrzeugführer nach ihrem Sicherheitsverständnis befragt werden. Wenn es nach seinem Erkenntnisstand bisher auch keine schweren Unfälle gegeben habe, wäre die Überprüfung präventiv angebracht.

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr überwiesen.

Verkehrerschließung Krampnitz

Das Gutachterverfahren für den Eingangsbereich des Entwicklungsgebietes, an dem fünf Bürogemeinschaften aus Architekten/Stadtplanern, Verkehrsplanern und Landschaftsplanern teilgenommen haben, ist abgeschlossen. Als Gewinner des Verfahrens kürte die Jury das Büro Müller/Reimann aus Berlin zusammen mit den Partnern Freie Planungsgruppe Berlin sowie Weidinger Landschaftsarchitekten.

Die LINKE kritisiert die Verkehrerschließung in dem Siegerentwurf, der einen neuen Verlauf der B2 direkt durch das neue Wohngebiet führt. Ralf Jäkel begründete den Antrag, sich bei der Verkehrsführung an den anderen Wettbewerbsbeiträgen zu orientieren, die übereinstimmend vorgeschlagen haben, das Gebiet anzubinden, ohne vorbeifahrende Fahrzeuge auf der Bundesstraße unnötig in das Entwicklungsgebiet hereinzuholen. Außerdem hatten sie die ausdrücklich gewünschte kreuzungsfreie Verbindung für Fußgänger zwischen Wohngebiet und Seeufer berücksichtigt. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sowie die Ortsbeiräte Groß Glienicke, Fahrland und Neu Fahrland überwiesen.



Der umstrittene Verlauf der B2 im Siegerentwurf



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107; Beginn jeweils 18 Uhr

19. und 26. Oktober; 02.; 09.; 16. und 23. November 2015

15. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal

04. November 2015, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen Rathausreport Live

08. November 2015, Beginn 10 Uhr

Bürger aus Am Schlaatz, Schilfhof 28

Ausgabe

des „Rathausreport“ Nummer 9/2015

Stadthaus, Raum 3.107

13. bis 18. November 2015 (außer Sa. und So.)

Info- Stände in den Stadtteilen

13. und 14. November 2015

Mit der Ausgabe des „Rathausreport“ und Informationen zu den Ergebnissen der 15. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 04. November 2015

Bürgersprechstunde Dr. Hans- Jürgen Scharfenberg, MdL und Fraktionsvorsitzender

Am 29. Oktober 2015 von 17 Uhr bis 18 Uhr

Im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)

Voranmeldungen sind möglich unter: Tel: 0331/6005069

Mail:

buer0.scharfenberg@gmx.de

Quartiersmanagement in Waldstadt

Der Bürgertreff in der Waldstadt ist unbestritten ein wichtiges soziales Zentrum im Stadtteil und auch darüber hinaus wirksam. Es wird ausschließlich ehrenamtlich geführt, und dafür man dankbar sein, vor allem bei Karl-Heinz Rothkirch, der sich allerdings aus Altersgründen zum Jahresende aus diesem „Vollzeit-Job“ zurückziehen möchte. Die LINKE hatte das

Problem in der September-SVV aufgegriffen und einen Antrag eingebracht, dass es für ehrenamtlich geführte Bürgerhäuser mehr Unterstützung geben müsse. Die Antwort der Verwaltung steht noch aus, aber einig ist man sich im Stadtteilrat, bei den Besuchern des Treffs und bei der LINKEN, dass es keinen Abbruch der sozialen Arbeit im Bürgertreff geben dürfe.

Das sieht auch Jürgen Knappe vom Vorstand des Vereins „Breitband“ e.V. so, der beim Polit-Frühschoppen der LINKEN die Notwendigkeit eines Quartier-Managements für den Kiez darlegte. Er ist auch Vorsitzender des Stadtteilrates Schlaatz/Waldstadt.

Zuvor hatte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg die Oktober-Stadtverordnetenversammlung ausgewertet, bei der die Fraktion der LINKEN mit einigen Anträgen wichtige Eckpunkte ihrer Politik durchsetzen konnte. So das Wohnungspolitische Konzept der Landeshauptstadt, das die LINKE seit geraumer Zeit immer wieder angemahnt hatte und das die Verwaltung nun vorgelegt hat. Hier werden im „Bündnis Wohnen“ die wohnungspolitischen Ziele für Neubau und Sanierung, vor allem auch die Erhöhung der Zahl von belegungsgebundenen Wohnungen nicht nur für die städtische, sondern auch die privaten Wohnungsgesellschaften formuliert.

Mit dem Aufstellungsbeschluss zum Be-



Karl-Heinz Röthkirch (z.v.r.) – ehrenamtlich im „Vollzeitjob“ für den Bürgertreff.

bauungsplan Nr. 150 „Am Bisamkiez“ wurde die planungsrechtliche Grundlage dafür geschaffen, dass dort für den Ersatz der ehemaligen REWE-Kaufhalle ein neuer Nahversorger vorgeschrieben ist.

Überwiesen in die Ausschüsse wurde auch die Abfallgebührensatzung, deren Schwerpunkt die Einführung der Biotonne ist. Die Erhöhung der Kosten für die Haushalte von rund 76 Euro im Jahr bei einer parallelen Kostenerhöhung für den Restabfall sei – wie bisher vorgeschlagen – nicht hinzunehmen.

Zum aktuellen Stand der Flüchtlingsaufnahme informierte Scharfenberg darüber, dass allein in diesem Jahr 840 Flüchtlinge und Asylbewerber in Potsdam aufgenommen worden sind. Bis Ende dieses Jahres seien noch 760 zu erwarten. Da die Inanspruchnahme von Turnhallen in Potsdam vermieden werden soll, werden als Alternative Leichtbauhallen an verschiedenen Standorten aufgebaut. Die eilig geräumte Turnhalle des Oberstufenzentrums Zum Jagenstein 2a beruhte auf einem Kommunikationsfehler. Turnhallen werden nur im äußersten Notfall genutzt. Die Stadt sei konzentriert dabei, unter anderem Gewerberäume, wie das Bürogebäude Handelshof 12 als Unterkünfte zu erschließen. Hier können nach einer Bauzeit von fünf bis sechs Monaten bis 100 Plätze geschaffen werden.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam